



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 34), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Freitag, den 26. März 1920

8 Seiten—No. 11

Es kommt wieder Ordnung in das Chaos

Der Aufstand in Deutschland kostete dreitausend Personen das Leben und ebenso viele wurden verwundet; Russen waren die Aufwiegler

Frankreich misstraut Truppenansammlung a. Rh.

Berlin, 26. März. (Nachbepfe von Carl D. Grant, Korrespondent der United Press.) Regierungsberichten gemäß kommt allmählich Ordnung in das Chaos im Inneren Deutschlands. Es wird offiziell gesagt, daß sich die Bevölkerung in der Rheinregion und in dem Ruhrgebiet nach und nach beruhigt. Frühere Berichte, daß die Regierung mit der Majorität der anständigen Arbeiter ein Übereinkommen abgeschlossen habe, werden bestätigt.

Meldungen, daß in Berlin ein neuer Putsch zu befürchten ist, werden in Abrede gestellt. Das sozialistische Propagandabüro veröffentlicht einen „Alarmruf“, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ihren Versprechen nachzukommen und die kampfenden Truppen, welche den städtischen Staatsschutz unterstützen, entwaffnet werden, sonst sei ein neuer Generalstreik zu befürchten.

Zuverlässigen Berichten zufolge sind bei den Kämpfen seit dem 13. Märztag, an welchem sich Kapp Berlins bemächtigte, 3000 Personen getötet und ebenso viele verwundet worden.

Eine Depesche aus Muenster meldet, daß der Volksheerführer Max Höp sich geflüchtet habe. Viele geben ihre Entrüstung über General Ludendorffs Ausbruch, zu der Presse wird er schon angegriffen. Im allgemeinen glaubt man, daß er bei dem Staatsstreich Kapp's die Hauptrolle gespielt hat.

Die auf gestern einberufene Reichstagsung ist bis auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der durch die Revolution erzielte Sachschaden wird als erheblich hingestellt. Der Eisenbahndienst war verkrüppelt, die Kohlen- und Postfach-Beförderung gelähmt, Sachverhältnisse auf dem Gebiet des Wirtschaftens erklären, daß infolge dessen die Baukonstruktionsarbeiten einen empfindlichen Rückschlag erlitten haben, glauben jedoch, daß, nachdem Deutschland heimlich hat, mit dem Anarchismus nichts mehr zu tun zu haben, dieses den Preis wohl wert sei. Amerikanische Aufträge zwecks Lieferung von Waffenteilen müßten jetzt noch länger warten, ehe sie ausgeführt werden können.

Trotz der Resignation des Wehrministers Klose ist der Haß in gewissen Kreisen der Bevölkerung immer noch groß. Die unabhängigen Sozialisten und Kommunisten halten ihn für alles verantwortlich. Mehrere hier sich aufhaltende Amerikaner sind in Sorge, weil ihre Pässe abgehandelt sind und sie nicht ins Land zu reisen können. Die amerikanische Mission beabsichtigt, ihnen temporäre Dokumente auszustellen, in denen fürstet man, daß diese nicht anerkannt werden.

Wesel angeblich erobert.

Berlin, 26. März.—Gerichtliche Verlauter, daß die Festung Wesel, 32 Meilen nordwestlich von Düsseldorf, welche von Truppen der Radikalen belagert worden, gefallen ist.

Koblenz, 26. März.—Unter dem getragenen Datum heißt es, daß schweres Geschütz auf Wesel gerichtet ist, in dessen Glauben die Reichswehrtruppen, daß sie sich werden halten können. Dinslaken befindet sich in Händen der Kommunisten; die rote Linie erstreckt sich nördlich von Friedrichsdorf, 9 Meilen nördlich von Dinslaken, durch Drossen nach Münster zu. Es heißt, daß in den Krupp Werken zu Essen Munition für die Kommunisten hergestellt wird. In Thüringen hat sich die Revolution bis zum Harzgebirge ausgebreitet.

Holland und Belgien warnen Radikale.

Paris, 26. März.—Die Revolution in Westfalen dehnte sich gestern etwas weiter gegen Holland zu aus. Die westfälische Bewegung soll hauptsächlich aus einer beträchtlichen Anzahl örtlicher Soviets bestehen, die noch ohne zentrale Organisation sind. Es heißt, daß die Arbeiterführer die Bewegung bis zur Grenze Hollands ausdehnen und Abwehr-Truppen die Ruhe im Ruhrgebiet

Weichkohlen-Teuerung in Aussicht gestellt

Kohlenkommission empfiehlt dringenden Ankauf von Kohlen während des Sommers.

Washington, 26. März.—Die vom Präsidenten eingesetzte Kohlenkommission ist ihres Amtes von Präsidenten entlassen worden, und die Ausführung der von der Kommission gemachten Empfehlungen ist dem Verteidigungsrat übertragen worden. Sie hat ihre Wirksamkeit mit der Warnung beendigt, daß der ungehinderte Fortgang der Kohlenindustrie von dem Ankauf und dem Einlegen von Kohlen während der Sommermonate abhängig sei; andernfalls sei eine Kohlensteigerung für nächsten Winter kaum zu vermeiden. Die organisierte Industrie hat sich bereits verpflichtet, ihre Kohlen während des Sommers einzulagern, und der Präsident hat an die Departmente der verschiedenen Bundesbehörden einen persönlichen Brief gerichtet, um sie zu ähnlichen Vorgehen zu veranlassen.

Die letzten Vorbereitungen für die Lohnkonferenz zwischen der Weichkohlenräubern und Besitzern der Weichkohlenzechen sind erledigt und die Verhandlungen werden am Montag nachmittags zwei Uhr ihren Anfang nehmen. An der Konferenz werden sich acht Delegaten von jeder Seite beteiligen, welche die zentralen Kohlenfelder in den Staaten Ohio, Pennsylvanien, Indiana, und das westliche Westvirginien vertreten.

S. M. Robinson, der auf der Kohlenkommission des Präsidenten das Publikum vertrat, erklärt, daß die erhöhten Kosten der Produktion für eine Tonne Weichkohlen nach den Vergleichen bewilligten Lohnsteigerungen nicht über 40 Cents die Tonne betragen sollten.

wiederhergestellt, entgegengesetzt.

Hier erkennt man, daß Frankreich die Anwesenheit einer größeren deutschen Truppenmacht nahe dem belgischen Gebiet mit Misstrauen betrachtet. Aber die Ver. Staaten, England und Italien sind der Ansicht, daß die Ebert-Regierung das Recht habe, die Ruhe in den Grenzen Deutschlands aufrecht zu erhalten.

Russen planen Ansturm.

Rotterdam, 26. März.—Eine Depesche aus Moskau, Belfast, an den „Courant“ besagt, daß die Spartakus-Bewegung in den Rhein- und Ruhrgebieten mit Hilfe russischer Volkspolizeinheiten organisiert worden ist. Mit der Revolution der Radikalen in Deutschland sollte der Feldzug der russischen Sowjetrepublik gegen Polen eröffnet werden, und man hatte darauf gerechnet, daß eine russische Armee Anfangs Juli vor Berlin stehen werde. Schon jetzt leiten russische Offiziere die Bewegungen der kommunistischen Streitkräfte, welche nach russischen Muster organisiert werden sollen. Die Revolution sollte eigentlich erst am 1. Mai ausbrechen, der Staatsstreich Kapp's aber hätte den Kommunisten zum Losschlagen günstig.

Gov. Edwards kein Kandidat in Nebraska

Lincoln, Nebr., 26. März.—Gouverneur Edwards von New Jersey hat Staatssekretär Amesberry telegraphisch in Kenntnis gesetzt, daß er seinen Namen nicht in den am 20. April stattfindenden Vorkandidaten der Wähler im Staat Nebraska vorzulegen gedenkt. Er erstreckt etwaige Petitionen zu seinen Gunsten zurück. Der Staatssekretär war ursprünglich der Ansicht, daß er verpflichtet sei, die eingelaufenen Petitionen für den Gouverneur Edwards unberührt zu lassen. Er hat sich aber überzeugt, daß jedermann das Recht hat, seinen Namen 20 Tage vor den Vorkandidaten, oder ehe die Wahlscheitel fertiggestellt sind, von den Listen zurückzugeben, und wird daher den Wunsch des Gouverneurs nachgegeben.

Wollen Fiume zum Freistaat machen

Rom, 26. März.—Nach Debeschen von Fiume steht diese Stadt am Vorabend großer Ereignisse. D'Annunzio und die Nationalversammlung von Fiume haben sich dahin entschieden, die Stadt für einen Freistaat zu erklären; doch wird die Unabhängigkeitserklärung wahrscheinlich nicht vor dem Zusammentritt des Obersten Rates der Alliierten in San Remo am 21. April erfolgen.

Wollkommer Regen in Kansas.

Topeka, Kans., 26. März.—Während der letzten 48 Stunden ist in Kansas ein ergiebiger Regen niedergegangen; derselbe ist dem Wachstum der Saaten sehr ersprießlich.

Volschewismus droht ganz West-Europa

Ginziges Hilfsmittel ist Kräftigung Deutschlands durch Widerung des Friedensvertrages.

Berlin, 26. März.—Graf Lerener, der feinerzeit den Friedensvertrag von deutscher Seite unterzeichnet hat, am Donnerstag folgende Auslassungen zur europäischen Lage gemacht: „Der Bolschewismus ist überall die üppig wuchernde Gefahr. Sein nächstes Opfer wird Belgien sein. England und Italien sind bereits bedroht, und Frankreich ist nicht weniger gefährdet als die Engländer, obgleich die Franzosen dies glauben.“

Zur Bekämpfung des Bolschewismus bedürfen wir einer Revision des Friedensvertrages. Das von den Alliierten genommene deutsche Land muß an Deutschland zurückgegeben werden. Die militärischen Bestimmungen des Vertrages sind lächerlich. Eine Truppe von 100.000 Mann ist nicht einmal für Preußen oder Bayern hinreichend, die Drednau zu erhalten.

In wirtschaftlicher Hinsicht müssen die Anforderungen an Rohmaterial herabgesetzt werden. Die Entschädigungssummen müssen beschnitten werden. Der frühere französische Finanzminister Klotz berechnete den französischen Anteil an der deutschen Entschädigung auf 476.000.000.000 Mark. Vor dem Kriege wurde von staatlichen Sachverständigen das deutsche Volkvermögen mit Einschluß der von Alliierten geraubten Gebiete nur auf 370.000.000.000 Mark angegeben.

Die Alliierten müssen sich den Ernst der Lage vergegenwärtigen; müssen einsehen, daß sie in gleicher Verdanntnis sind, wenn Deutschland von dem Bolschewismus überflutet wird. Radikale Reformen sind sofort in Angriff zu nehmen, ehe es spät ist. Hat der Bolschewismus einmal Deutschland ergriffen, so ist der Vertrag nur noch ein Papierzechen. Es ist zum Wohle von Deutschland und des ganzen Europa, daß die Ver. Staaten, durch Waffon des Vertrages gesündere Zustände noch dem 1. Juni herbeizuführen.

Kreditbewilligungen seitens der Entente werden eine zeitweilige Hilfe sein. Aber der Arbeiter kann nicht produzieren, wenn die Entente die Erzeugnisse beschlagnahmt. Die Befehlsgewalt an Rhein verleiht durch den Verbrauch zu großen Mengen von Nahrungsmitteln Deutschland zum Hunger. Man bedenke ferner die ungeheuren Mengen von Kohlen, Farbstoffen, Beförderungs- und anderen Mitteln, die die Alliierten aus Deutschland schleppen. Dabei gefahren ihnen die Vorbesätze zum Vertrag eine Erneuerung der wirtschaftlichen Blockade, sobald sie eine solche für nötig halten.

Durch den Vertrag wird die Vorkriegs- und die andauernde Macht der Alliierten. Sie ist weiter nichts als ein Bund gegen Deutschland.“

Spanischer Bahnstreik erledigt.

Madrid, 26. März.—Der Eisenbahnstreik ist beigelegt worden. Die Regierung hat den Eisenbahnen ein vorläufiges Darlehen genehmigt, damit die von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhungen bewilligt werden könnten.

Banken verweigern Anleihe an Chicago.

Chicago, 26. März.—Die Banken von Chicago haben durch ein Anrechnungshaus der Stadt die Anleihe von \$1.000.000, die zur Auszahlung der von den städtischen Angehörigen verlangten Gehalts-erhöhungen nötig sind, aus juristischen Gründen verweigert.

Metallarbeiter in Kanada fordern mehr Lohn.

Montreal, 26. März.—Vor dem 1. Mai werden 400.000 Mitglieder der Metallarbeiterverbände der A. F. of L. in Kanada eine Forderung auf höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit erheben. Sie verlangen einen Achtstundentag und 90 Cents die Stunde für Mechaniker, 60 Cents für Arbeiter und 65 Cents für Handlanger.

Sinn Feiner auf dem Kriegspfad.

Cork, 26. März.—Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben die Sinn Feiner die 60 Meilen nordwestlich von hier gelegene Polizeistation zu Gortalee angegriffen und eingenommen. Bei dem Gefecht wurden drei Polizisten verwundet. Das Gebäude wurde in die Luft geblasen.

Deutsche Waffen in Irland?

London, 26. März.—Britische Behörden haben eine Schiffsabladung von Gewehren, Maschinengewehren und Munition entdeckt, die in vierhundert Paketen von Deutschland eingeführt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit wurden die alten Gerüchte über eine am Ostermontag geplante Empörung Irlands wieder aufgewandert, für die angeblich diese Waffenabladung bestimmt war.

Morehead ist nun doch Kandidat

Staatssekretär Amesberry ändert seine Meinung und setzt Morehead's Namen auf das Ticket.

Lincoln, Nebr., 26. März.—Die Wege der Politiker und Staatsmänner sind wunderbar. Zuerst wollte Staatssekretär Amesberry von Falls City nicht als Kandidat für die demokratische Gouverneursnominierung aufzutreten, trotzdem er von vielen Parteiführern gewaltig dazu gedrängt wurde. Dann in der allerletzten Minute entschloß er sich doch anzunehmen. Nun entschied Staatssekretär Amesberry, daß die Zeit für Anmeldungen von Kandidaten abgelaufen sei. Er tat dies erst, nachdem ihm Staatsanwalt Generalstaatsanwalt Wheeler ein Gutachten eingehändigt hatte, daß es für Morehead zu spät sei.

Donnerstag morgen erschien der frühere Hilfs-Generalstaatsanwalt Dexter Barrett vor Staatssekretär Amesberry und wies ihm überzeugend nach, daß Morehead wirklich noch 5 Tage Zeit habe, seine Kandidatur für die Nominierung anzunehmen. Der Hilfs-Generalstaatsanwalt Barnes wurde konsultiert und dieser stimmte Herrn Barrett bei, worauf sich Staatssekretär Amesberry entschloß, Morehead's Namen auf das Ticket zu setzen. Bald darauf aber sagte Herr Barnes aus, daß er eine Hehle des Falles übersehen habe, und der Name nicht aufs Ticket kommen könne, und der Hilfs-Generalstaatsanwalt Lewis und Hauptgeneralanwalt Davis, die unterdessen auch konsultiert wurden, stimmten darin überein, daß Morehead kein gleiches Recht habe, als Kandidat aufzutreten.

Der Staatssekretär Amesberry weigert sich jedoch, auf das Gutachten der Mehrheit der juristischen Abteilung des Staates zu hören und deshalb wird Morehead als Kandidat für die demokratische Nominierung auf das Ticket für die am 20. April stattfindende Primärwahl kommen, außer das Gericht sollte in der letzten Minute entscheiden, daß er in der Tat dazu kein Recht habe. So stehen die Sachen also heute, die zu weiteren interessanten Entwicklungen noch Veranlassung geben dürften. Auf alle Fälle wird Morehead Kandidat sein, außer er sollte sich wegen der Konfusion selbst zurückziehen oder die Gerichte sollten gegen ihn entscheiden.

Wollkommer Regen in Kansas.

Topeka, Kans., 26. März.—Während der letzten 48 Stunden ist in Kansas ein ergiebiger Regen niedergegangen; derselbe ist dem Wachstum der Saaten sehr ersprießlich.

Zur Herbeiführung des Friedenszustandes

Der von dem Haus-Komitee ausgearbeitete Beschluß enthält drei wesentliche Punkte; derselbe wird heute oder morgen unterbreitet

Senat mit Vorgehen des Hauses einverstanden

Washington, 26. März.—Die Führer im Repräsentantenhaus haben eine Konferenz abgehalten, um über die Mittel zur Herbeiführung des Friedenszustandes mit Deutschland Stellung zu nehmen. Man hat sich entschieden, im Hause eine Resolution einzubringen, deren Entwurf in der Konferenz ausgearbeitet wurde. Dieser liegen die Anträge Resolution, die Einkommensteuer und andere dem Senat vorgelegte Anträge zu Grunde. Sie bestimmt folgende drei Dinge. Erstens wird die Kriegserklärung widerrufen und der Friedenszustand erklärt. Zweitens werden die Rechte, welche die Ver. Staaten unter dem Friedensvertrag erworben hätten, soweit als möglich festgehalten. Drittens werden die während des Krieges erlassenen Ausnahmegeetze widerrufen; doch bleiben einzelne Maßnahmen vorläufig bestehen, wie zum Beispiel die Verwallung fremder Güter durch den Verwalter feindlichen Eigentums.

Lloyd George von Barthou verdächtigt

Paris, 26. März.—In bitteren Worten griff der frühere Premier Barthou bei der Debatte über die französische auswärtige Politik den britischen Ministerpräsidenten Lloyd George an. Er sagte, daß der britische Premier das Abenden (darker) Noten an Deutschland beschränke und daß er durch Beherrschung einer strengen Politik Deutschland gegenüber in England an volkstümlichen Einflüssen gemindert habe. Sobald indessen diese schärferen Noten an Deutschland abgelandt wurden, dann trug er sie nur die Unterfertigung Clemenceaus oder Millerands; sobald aber Deutschland Zugeständnisse gemacht würden, dann würden die darauf bezüglichen Noten von Lloyd George unterschrieben. Somit ist Frankreich der Sache Deutschlands allein ausgesetzt.

Frankreich, sagte er weiter, ist kein Militärführer; es gibt in Frankreich keine militärische Diktatur; es will keine Eroberungen, sondern Entschädigung.

Gemeines Treiben von Prohibitions-Beamten

Chicago, 26. März.—Bundesanwalt Cline untersucht Methoden, die von Prohibitionsagenten der Regierung angewandt werden, um Beweismaterial gegen Vertreter des Prohibitionsgesetzes zu erlangen, nachdem ihm eine Leistung eines der Unterbeamten des Prohibitionsdirektors Dalrymple, die er als verdammungswürdig bezeichnete, zur Kenntnis gekommen war. Es heißt, daß dieser Agent sich zu einem Arzte begab und ihn unter dem Vorwande, daß er krank sei, um Verzeichnung von Wiskien ersuchte, und dem Arzt zugleich das Erkennungszeichen der Freimaurer gab. Der Arzt, der die Angaben eines vermeintlichen Ordensbruders nicht bezweifelte, gab ihm das Rezept und wurde darauf von dem Agenten verhaftet. Der Arzt nahm sich diese Vertrauens-täuschung so zu Herzen, daß er verfuhr, sich das Leben zu nehmen. Distriktsanwalt Cline sagte, er werde Agenten, die zu solchen Schändlichkeiten ihre Zukunft nähmen, die Fälle heftig machen, da solche Handlungsmittel nichts weniger als verwerflich sei.

Wm. J. Bryan eröffnet seine Kampagne

William J. Bryan ist gestern Abend in Lincoln eingetroffen und wird dort heute seine Kampagne als Kandidat für Delegat-at-Large zur demokratischen Nationalkonvention eröffnen. Er spricht heute Abend in Lincoln und wird morgen Abend im Omaha Auditorium eine Rede halten. Montag begibt er sich nach Los Angeles, Cal., wo er vor der Konferenz der Gouverneure als Redner sein Licht leuchten lassen wird.

Die Bevölkerungszahl von Columbus, Nebr.

Washington, 26. März.—Aut Bericht der Zensusbeamten beträgt die heutige Bevölkerung von Columbus, Nebr., 5.410 Seelen; dieses bedeutet seit der vergangenen Volkszählung eine Zunahme von 396 oder 7.9 Prozent.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend. Wahrscheinlich unbestimmte Gewitter. Kein besonderer Temperaturwechsel. Für Nebraska — Zunehmende Umwölkung heute abend. Wärmer im westlichen Teile. Samstag nachteilig Regen. Kälter im westlichen Teile.

Soldatenheim Opfer des Feuers.

Reno Valley, Nev., 26. März.—Das Kentucky Heim für kontingente Soldaten wurde fast gänzlich vom Feuer zerstört. Alle Inassen konnten gerettet werden. Das Feuer entstand in der Hospitalabteilung und ergrieff in kurzer Zeit den ganzen aus Holz aufgeführten Bau.